Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1676

Interpellation

der Fraktion der CDU/CSU

betr. Sicherung familiengerechter Wohnungen im sozialen Wohnungsbau.

Die im Ersten Wohnungsbaugesetz festgesetzten Mindestgrößen für Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues werden in verschiedenen Ländern unterschritten. Diese Mindestgrößen wurden unter Berücksichtigung der Not unseres Volkes festgesetzt.

In steigendem Ausmaß werden anstelle von familiengerechten Wohnungen Kleinstwohnungen gebaut, die familienfeindlich sind.

Die Schaffung von Eigentum in Form von Eigenwohnungen, Eigenheimen und Kleinsiedlungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues erfolgt nicht in dem notwendigen und möglichen Ausmaß. Im Gegenteil wurden in einzelnen Ländern die öffentlichen Mittel dort erheblich beschränkt, wo sie für die Erstellung derartiger Wohnungen Verwendung finden sollten. Auch dort, wo der Bau von Reihenhäusern, Kleineigenheimen und Kleinsiedlungen möglich gewesen wäre, wurden Mietwohnungen in mehrgeschossigen Wohnblöcken errichtet.

Wohnungen für kinderreiche Familien wurden im letzten Baujahr kaum gebaut, da die hierfür erforderlichen zusätzlichen öffentlichen Mittel nicht bereitgestellt wurden.

Diese Entwicklung ist nicht geeignet, Vertriebenen, Ausgebombten und jungen Familien den notwendigen Wohnraum zu sichern und die Wohnung zum Heim der Familie zu machen.

Wir fragen die Bundesregierung, welche Maßnahmen sie für das Baujahr 1951 ergreifen will, um

1. wesentlich mehr als bisher Eigentum an Wohnungen, Eigenheimen und Kleinsiedlungen für die breiten Volksschichten zu schaffen,

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1

2. den Bau solcher familiengerechter Wohnungen sicherzustellen, in denen sich auch ein normales Familienleben mit 4 und mehr Kindern entwickeln kann,

3. die Anwendung der Grundsätze zu 1 und 2 auch beim Bau von sogenannten „Schlichtwohnungen" im Rahmen der Ersatzbauten für alliierte Truppenunterkünfte sicherzustellen.

Bonn, den 6. Dezember 1950

Dr. von Brentano und Fraktion